



Foto: fotolia/Africa Studio

Foto: imago/Russian Look

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 6. Juli 2017

72. Jahrgang/Nr. 155

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Erblast

Florian Haenes über westdeutschen Nachkriegswohlstand

Geschichtliche Ungleichheit lässt sich vererben. Jene, die in der Bundesrepublik in den Nachkriegsjahrzehnten zu Wohlstand gelangt sind, übertragen in diesen Jahren ihr Vermögen an ihre Nachkommen. Wenn es keine tiefgreifende Reform der Erbschaftsteuer gibt – wird sich dann nicht eine Wohlstandstokratie verfestigen, die tendenziell westdeutsch ist und weiß? Denn nicht zu Wohlstand gelangt sind in jener Zeit Gastarbeiter, die an Fließbändern arbeiteten und Akkordlohn erhielten, ihre Kinder erben heute wenig. Ebenso nicht zu Wohlstand gelangt sind die meisten Bürger der DDR, auch ihre Kinder erben wenig.

Nun ist historische Gerechtigkeit ein heikles Thema. Über die Frage, wann ungleiche Startbedingungen im Zeitenlauf beglichen sind, wird man sich kaum einig werden. Auch sind die Fallstricke der Identitätspolitik, in der Gruppen durch Klagen über erlittene Ungerechtigkeit sich Vorteile im Wettbewerb um gesellschaftliche Positionen erhoffen, augenscheinlich: Man blicke auf die USA, wo das Gemeinwesen zersplittert, weil sich die öffentliche Debatte im banalen Zwitter erschöpft, wer am meisten Grund zum Jammern hat – Homosexuelle, Afroamerikaner, Frauen oder doch: weiße Männer.

Doch sollte man deshalb verschweigen, dass die derzeitige Erbschaftsteuer die Chancen der Nachkommen von Gastarbeitern schmälert und die Annäherung von alten und neuen Bundesländern erschwert? Sicher nicht, denn gerade hier erodiert die Gesellschaft.

UNTEN LINKS

Trommelwirbel. Tataaaa. Der Sieger der Bundestagswahl steht vorzeitig fest. Es ist die Linkspartei. So viele Ausrufezeichen wie in ihrem Wahlprogramm finden sich nirgends. Keine andere Partei hat so viele Aufforderungen und Warnungen im Angebot. Allein im Inhaltsverzeichnis taucht das signum exclamationis 18 Mal auf, neun Mal so oft wie im ganzen Wahlprogramm der Union. Merkel will offenbar nichts – oder jedenfalls nicht mit diesem unnachahmlichen linken Nachdruck. Man könnte auch von Befehlston sprechen, aber das wollen wir der bösen bürgerlichen Presse überlassen. Die SPD kann sich über Platz zwei kaum freuen, 28 Ausrufezeichen zeigen Nachholebedarf beim Überwinden der ausrufezeichenarmen Agendapolitik. Und die Grünen – mit nur 18 Treffern ein Fall typisch bürgerlicher Hasenfüßigkeit. Soll so Schwarz-Grün offengehalten werden? Bei der Linkspartei bleiben keine Fragezeichen: 127 Mal »!« im ganzen Programm. Da! Kann! Doch! Nichts! Mehr! Schief! Gehen! tos

Merkels Bären dienst

Wirtschaft, Pandas, Fußball: Deutschland und China wollen stärker kooperieren



Angela Merkel im vertrauensvollen Dialog mit dem Gast aus China

Foto: AFP/POOL/Axel Schmidt

Berlin. Die diplomatischen Grundregeln wurden am Mittwoch in Berlin neu buchstabiert. Der Besuch des chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping folgte, wie bei solchen Ereignissen üblich, einer streng durchchoreografierten Reihenfolge – mit innovativen Schwerpunkten im Protokoll.

Protokollstation Nummer 1: Empfang von Xi durch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit militärischem Brimborium.

Protokollstation Nummer 2: Pflichtbesuch bei Angela Merkel im Kanzleramt, Unterzeichnung von Wirtschaftsverträgen, unter anderem über die Lieferung von 140 Airbus-Flug-

zeugen nach China. Die Kanzlerin verlangte bei der Gelegenheit freien Marktzugang für deutsche Unternehmen im Reich der Mitte, beide Seiten tasteten sich an die G20-Themen heran.

Protokollstation Nummer 3: Besuch im Berliner Zoo. Merkel und Xi ließen sich vor dem nagelneuen Gehege für die eben erst aus China eingeflogenen Pandabären ablichten. Für beide ein Anlass zu erneuten Freundschaftsbekundungen, für Merkel zusätzlich eine nette Wahlkampfreklame.

Protokollstation Nummer 4: Das Amateurstadion von Hertha BSC, wo deutsche und chinesische Nachwuchsfußballer aufeinander-

trafen. Xi sprach mit Reinhard Grindel, dem Chef des Deutschen Fußball-Bunds, denn mit Hilfe des deutschen Know-hows will China schnellstmöglich an die Fußball-Weltspitze gelangen. Zu diesem Zweck soll Chinas U20-Auswahl in der deutschen Regionalliga Süd mitspielen.

Protest gab es auch: gegen die Missachtung von Menschenrechten in China, gegen das Panda-Prestigeprojekt auf Kosten anderer Tiere, gegen die Kommerzialisierung des Fußballs. Die deutsch-chinesische Wirtschafts-, Tier- und Fußballfreundschaft wurde dadurch aber nicht maßgeblich getrübt. wh Seite 2

Erben sehen guten Zeiten entgegen

Studie: Erbschaftsvolumen höher als angenommen / LINKE und SPD wollen Besteuerung reformieren

Aktien, Betriebsvermögen und Immobilienanlagen versprechen hohe Wertzuwächse – davon profitieren vor allem Erben wohlhabender Familien.

Von Florian Haenes

In den kommenden 15 Jahren könnte der Wert der vererbten Vermögen rund ein Viertel höher sein als bislang gedacht. Das haben das aus öffentlichen Mitteln finanzierte Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und das gewerkschaftsnahe Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung im Rahmen einer am Mittwoch veröffentlichten Studie errechnet. Demnach werden über 70-Jährige pro Jahr rund 400 Milliarden Euro vererben – Vermögen, so die Studienautoren, die die Nachkriegsgeneration über Jahrzehnte wirtschaftlichen Wohlstandes hinweg angehäuft habe. Im Hinblick auf die Höhe von Freibe-

trägen und die Steuerprivilegien für Unternehmensvermögen fordern die Autoren, die Reform der Erbschaftsteuer vom Oktober 2016 zu überdenken.

In älteren Studien zum Erbschaftsvolumen war bislang nicht berücksichtigt worden, wie sich der Wert von Vermögen in Zukunft steigert. In der vorliegenden Studie ist das anders. Die Autoren gelangen so zu dem Ergebnis, dass das Erbschaftsvolumen tatsächlich 28 Prozent höher liegen muss. Mit letzter Sicherheit ist das allerdings nicht zu sagen, da das Statistische Bundesamt Erbschaften, die wegen der Freibetragsregelung nicht besteuert werden, statistisch nicht erfasst – ein Kritikpunkt der Autoren.

In ihrer Studie gehen sie von einer jährlichen Wertsteigerung der Vermögen um zwei Prozent aus, räumen aber ein, dass gerade bei Aktien, Betriebsvermögen, Sammlungen und Immobilien die Steigerung durchaus höher liegt.

Vor allem wohlhabende Personen profitieren von Wertzuwächsen. Über 70-Jährige aus dem oberen Fünftel der Einkommen vererben durchschnittlich mehr als 300 000 Euro, jene aus dem unteren Einkommens-Fünftel

Vor allem wohlhabende Personen profitieren von Wertzuwächsen.

weniger als 60 000 Euro. Gerade Geringverdiener sparen eher auf Girokonten, von denen angesichts der derzeitigen Niedrigzinspolitik keine Wertsteigerung zu erwarten ist. Bislang können auf Grund von Freibeträgen die meisten Erbschaften steuerfrei auf Erben übertragen werden, etwa von Eltern an jedes ihrer Kinder bis

Das ist der Gipfel

300 Schlafzelte im G20-Protestcamp erlaubt +++ Wasserwerfer gegen Feiernde +++ Alternativgipfel beginnt

Schlafzelte teilweise erlaubt

Das Hamburger Obergericht hat am Mittwochmittag teilweise die Nutzung von Schlafzelten im Protestcamp Entenwerder erlaubt. Demnach dürften 300 Zelte für jeweils zwei bis drei Personen aufgebaut werden. Auch Waschegelegenheiten sowie eine Küche zur Selbstversorgung sind genehmigt. Beantragt hatten die Organisatoren 1500 Zelte – das wurde vom Gericht aber abgelehnt. Auch mehrere Kirchen sowie das Schauspielhaus Hamburg haben ihre Türen für die G20-Gegner geöffnet. Die Initiative des Kunsthauses soll vom Geschäftsführer Peter F. Raddatz ausgegangen sein. Wie es heißt, durften die Aktivisten zunächst für eine Nacht bleiben. Danach wolle man die Lage erneut bewerten, so Raddatz. Die Polizei hatte zuerst versucht, die Demonstranten am Betreten des Gebäudes zu hindern.

Folgen Sie uns!

Aktuelle Infos rund um die G20-Proteste? Gibt es @ndaktuell direkt aufs Handy! dasND.de/g20bot



Wasserwerfereinsatz in St. Pauli

Am Neuen Pferdemarkt im Stadtteil St. Pauli setzte die Polizei am späten Dienstagabend Wasserwerfer gegen Demonstranten ein. Hunderte Aktivisten waren zuvor einem Aufruf zu einem »hedonistischen Massencornern gegen G20« gefolgt. Sie trafen sich auf den Straßen mit Musik und Getränken, um gegen den Gipfel zu demonstrieren. Laut Augenzeugenberichten sei die Menge größtenteils friedlich gewesen und habe gefeiert. Durch den Wasserwerfereinsatz wurden die Menschen abgedrängt. Am frühen Mittwochmorgen beruhigte sich die Lage wieder.

Alternativgipfel beginnt

In der Spielstätte »Kampnagel« im Hamburger Stadtteil Winterhude hat am Mittwoch der »Gipfel für globale Solidarität« begonnen. Vor einer voll besetzten Halle sprachen unter anderem die indische Ökologin und Bürgerrechtlerin Vandana Shiva und der brasilianische Gewerkschafter Valter Sanches. Rund 1500 Menschen hatten sich den Veranstaltungen zufolge im Vorfeld angemeldet. 11 Podiumsveranstaltungen und 75 Workshops sind auf dem Alternativgipfel in der ehemaligen Maschinenfabrik geplant. Ziel der Tagung sei es, so die Veranstalter, Kritik an der Globalisierung der G20 zu formulieren. Auch soll über Alternativen und Strategien zu deren Umsetzung diskutiert werden.

Soldaten ohne Uniform

Die Bundeswehr hat die Soldaten in Hamburg und Umgebung vor gewalttätigen Übergriffen von G20-Gegnern gewarnt. Angehörige der Truppe wurden angewiesen, vom 5. bis zum 9. Juli keine Uniformen bei Fahrten zum und vom Dienst im Großraum Hamburg zu tragen. Damit solle vermieden werden, dass Soldaten von linksradikalen Protestteilnehmern »spontan« angegriffen würden. Auch die Nutzung von Dienstfahrzeugen sei zu vermeiden, sofern man damit nicht Amtshilfe leiste. Soldaten im Dienst werden allerdings wie üblich Uniform tragen. Die Bundeswehr wird die knapp 20 000 Polizisten bei dem Gipfel im Rahmen der Amtshilfe unterstützen. Beispielsweise werden Einsatzkräfte von Polizei und Technischem Hilfswerk in militärischen Liegenschaften untergebracht, wie das Verteidigungsministerium mitteilte. nd/Agenturen

Gipfelproteste: Pro und Kontra	Seite 2
Interview mit Philosoph Thomas Seibert	Seite 3
Gipfel-Kolumne	Seite 4
Vietnam und die G20	Seite 8
Japan und EU werben für Freihandel	Seite 9

